

Politisches Feuilleton

26.3.2003 • 7.20

Ludwig Watzal

Der Nahe Osten vor der Talibanisierung



Ludwig Watzal

Als Präsident George W. Bush am 17. März dem Irak den Krieg erklärte, beschäftigte sich das Bundeskabinett in Berlin mit dem 'Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung der Kriegsdienstverweigerung'. Augenfälliger könnte die Weltfremdheit deutscher Politik nicht zutage treten. Einen diplomatischen Eiertanz führt die Bundesregierung in der Frage deutscher Soldaten in den AWACS-Aufklärungsflugzeugen auf. Sie sollten abgezogen werden, weil sich die Türkei schon im Norden des Irak befindet. Nach herrschender Völkerrechtsmeinung handelt es sich bei der Irakinvasion um einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg. Ein Blick ins Grundgesetz, den NATO-Vertrag, das Truppenstatut und die UN-Charta lässt nur eine logische Konsequenz zu: den Entzug der Überflug- und Nutzungsrechte für die US-Truppen in Deutschland.

Völkerrechtlich und moralisch haben die USA und die sogenannte 'Koalition der Willigen' den Krieg gegen den Irak schon verloren; sie können sich nur noch zu Tode siegen. Die Bush-Regierung hat das gesamte politische Porzellan zerschlagen, das zur Verfügung stand: ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg wurde vom Zaune gebrochen; die Vereinten Nationen samt ihrer Charta in arroganter Weise für irrelevant erklärt; die Waffeninspektoren durften ein Marionettentheater aufführen, bis der Aufmarsch am Golf abgeschlossen war; die NATO wurde beiseite geschoben, und die Europäische Union in ein 'altes' und 'neues' Europa gespalten. Eine rational handelnde Weltmacht benimmt sich nicht so. Diese US-Administration ist zum Gefangenen ihrer eigenen Ideologie geworden. Der Schaden, der den internationalen Organisationen, der Staatenwelt und dem Recht zugefügt worden ist, wird den USA in absehbarer Zeit wie ein Bumerang um die Ohren fliegen.

Präsident Bush ist kein Betriebsunfall der Geschichte, sondern der Frontmann einer imperialen Politik, deren Fundamente schon lange vor seinem Machtantritt grundgelegt worden sind. Die sogenannten 'Bushies' brauchten sie nur noch umzusetzen. Schon Präsident Bill

Related Links:

- ⇨ Übersicht: Sendungen A-Z
- ⇨ Die aktuelle Ausgabe
- ⇨ Die letzten 30 Ausgaben
- ⇨ SendungsArchiv
- ⇨ Interview zum Tage
- ⇨ Tacheles
- ⇨ Signale
- ⇨ Druckansicht

Clinton wurde von Rumsfeld, Wolfowitz, Armitage, Perle und anderen wichtigen Regierungsmitgliedern in einem Schreiben vom 26. Januar 1998 aufgefordert, Saddam Hussein zu stürzen. Die Zeit war damals aber noch nicht reif. Die Kritik Frankreichs, Deutschlands und Dreiviertel der gesamten Welt an der Politik dieser US-Administration ist mehr als berechtigt. Soll dies alles Antiamerikanismus sein? In Deutschland jedenfalls gibt es keinen Antiamerikanismus, weil sich die Kritik gegen das richtet, was Amerika politisch tut und nicht, wie Amerika ist.

Mit der Invasion in den Irak und dem Ziel eines Umsturzes wurde die Büchse der Pandora geöffnet. Dem Nahen und Mittleren Osten droht eine Destabilisierung und Talibanisierung. Die gewaltsame Niederschlagung von Demonstrationen in zahlreichen Ländern dieser Region gibt einen Vorgeschmack darauf, was noch kommen kann. In der gesamten muslimischen Welt avancieren die USA zum Feind Nummer eins. Die Ankündigung der USA, im Irak eine Demokratie zu etablieren, die dann quasi beispielgebend für die gesamte Region sein soll, ist naiv. Was politisch problematischer ist, sind die Aussagen Präsident Bushs in Bezug auf diejenigen Staaten, die 'terroristische' Organisationen beherbergen oder solche unterstützen. Sie gehören gemäß dem Schwarz-Weiß-Bild des US-Präsidenten zu den Kräften der Finsternis: Iran, Syrien und der Libanon unterstützen und beherbergen Organisationen, die auf der Terrorliste der USA stehen. Wollen die USA auch in diese Staaten einfallen? Auch die Existenz der Palästinenser in ihrer Heimat könnte zur Disposition stehen, glaubt man israelischen Stimmen. Ramallah ist bereits von Panzern umzingelt. Hoffentlich hat die Bush-Administration der israelischen Regierung klargemacht, dass ein Transfer der Bevölkerung nicht hingenommen wird? Liegt nicht auch der Bundesregierung eine Bitte des israelischen Geheimdienstes vor, bei eventuellen Vertreibungen sich mit Kritik an Israel zurückzuhalten?

Welche Konsequenzen muss das 'alte' Europa in Zukunft ziehen? Die transatlantische Partnerschaft, die auf Kooperation und Partnerschaft basierte, ist zu Ende. Die 'alte' EU sollte sich von dem Konzept der amerikanischen Führungsmacht verabschieden und jene Verantwortung übernehmen, die man bisher bereitwillig den USA überließ. Deutschland, Frankreich und Belgien haben bereits erste Schritte zum Aufbau einer europäischen Streitmacht beschlossen. Gegenüber dem Faustrecht müssen die friedensbereiten Staaten die internationale Rechtsgemeinschaft stärken. Auch die Politik des US-amerikanischen Imperiums bedarf der rechtlichen Einbettung, wenn es nicht so enden will wie das römische.

Ludwig Watzal: Jahrgang 1950, zählt zu den profiliertesten deutschen Nahost-Experten. Er studierte Politische Wissenschaften in Berlin, internationale Beziehungen in Philadelphia, Philosophie in München und katholische Theologie in Würzburg.